

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

XI.

AUGUST
AOUT
AUGUST 1933.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER 8

Das Problem des Deutschtums in Ungarn.

In der fünften Nummer des laufenden Jahrganges gaben wir einen Briefwechsel bekannt, der sich zwischen Dr. Schmidt-Rohr und Dr. Jakabffy über die Assimilation und die Regermanisationsbestrebungen im Szatmárgebiet entsponnen hatte. In dessen Verlauf hebt Dr. Jakabffy unter Anderem hervor, in der deutschen Fachliteratur sei kaum ein Stützpunkt dafür zu finden, dass dem sozialen und wirtschaftlichen Gedeihen der deutschen Minderheit in Ungarn Hemmungen gestellt würden. Solche Beschwerden bestünden bei dieser Minderheit nicht, bloss auf Kulturellem Gebiet habe sie unerfüllte Wünsche.

Vielleicht haben wir es dieser Feststellung zu verdanken, dass uns ein Sonderdruck der diesjährigen Juninummer der in Berlin erscheinenden „Zeitschrift für Politik“ zukam, worin die Studie Herrn Árpád Török's über das Problem des Deutschtums in Ungarn zu lesen ist.

Wir halten es für unsere loyale Pflicht anzuerkennen, wie ein angesehenes deutsches Organ einer Bekanntgabe Raum bot, welche bei Beschreibung der Lage der Deutschen Ungarns nur zu sehr den Unterschied hervorhebt, der zwischen dieser Minderheit und der in anderen, besonders in den Nachfolgestaaten lebenden Minderheiten zu beobachten ist und wonach die Lage der deutschen Minderheit Ungarns um so vieles günstiger erscheint.

In der letzten Nummer unserer Zeitschrift (Heft 6–7) gaben wir reichliche Auslese aus einem Artikel des Grafen Stefan Bethlen bekannt, der in einer ungarischen Zeitschrift erschien und denselben Gegenstand behandelt, wie die Studie Árpád

Török's. Beim Vergleich dieser zweierlei Auffassungen lässt sich daraus manche interessante Folgerung ziehen.

Siehe die Auffassung Török's, der ein Vorkämpfer der deutschen kulturellen Ansprüche in Ungarn ist.

I.

Das Deutschtum in Ungarn ist ein Problem für sich, das kaum eine Ähnlichkeit mit den übrigen deutschen Volksgruppen in Europa hat. Während bei den meisten Volksgruppen zahlreiche Momente (Staatszugehörigkeit, staatsrechtliche, wirtschaftliche Lage usw.) das Minderheitenschicksal mitbestimmen, ist beim ungarländischen Deutschtum einzig und allein der Kampf um die Erhaltung des Volkstums das eigentlich minderheitliche Moment. Das Deutschtum hat sonst in keiner Lebenslage Staat und Mehrheitsvolk als Gegner. Der Grund hierfür liegt teils darin, dass das Deutschtum in Ungarn verhältnismässig spät den Kampf um die Erhaltung seines Volkstums begonnen hat, teils darin, dass die ungarische Gesellschaft trotz veränderter Verhältnisse noch immer an der Vorkriegsmentalität festhält, die eine Sicherung des Landes gegen feindliche Tendenzen in der Ausbreitung des magyarischen Volkstums erblickt.

Im grossungarischen Raum besaßen die siebenbürger Sachsen eine viele Jahrhunderte alte Eigenkultur, sie bildeten eine soziologische Einheit und verteidigten mit allen Mitteln diese Einheit. Das übrige Deutschtum hat seine gesellschaftlichen Positionen, die es insbesondere als städtisches Bürgertum einnahm, ohne nennenswerten Widerstand aufgegeben, sobald das Magyarentum den Anspruch stellte, das Land in allen seinen Lebensäusserungen mit seinem eigenen Volkstum zu durchdringen. Nicht nur das, zahlreiche Schwabensöhne sind zu den heftigsten und erfolgreichsten Vorkämpfern magyarischen Volkstums geworden. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, wenn das Landvolk — seiner natürlichen Führerschaft verlustig — gegen die nationalitätenfeindliche Schulpolitik der damaligen Regierungen keinen Widerstand leistete und eine Schulbildung genoss, als deren Ergebnis es weder deutsch noch ungarisch befriedigend lesen und schreiben konnte. Die deutsche Sprache wurde im Volksschulunterricht zurückgedrängt, die ungarische Sprache konnte, teils wegen der deutschen Umgebung im Elternhaus und in der Dorfgesellschaft, teils weil dazu die Zeit zu

kurz war, nicht vollständig erlernt werden. Dieser Zustand ist insbesondere während des Weltkrieges aufgefallen, wo die schwäbischen Soldaten mit deutschösterreichischen und reichsdeutschen Kameraden zusammengekommen sind und verschämt feststellen mussten, dass sie zwar der gleichen Bluts- und Sprachgemeinschaft angehören, jedoch nicht im Besitze der geistigen Mittel sind, um die Kulturwerte dieser Gemeinschaft ohne Schwierigkeiten in sich aufnehmen zu können. Dem Grafen Stephan Tisza gebührt der Ruhm, die Aufmerksamkeit der ungarischen Öffentlichkeit auf diesen unhaltbaren Zustand gelenkt und damit gewissermassen den Anstoss zu einer Entwicklung gegeben zu haben, die im Interesse der Erhaltung deutschen Volkstums in Ungarn auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Am 15. Juni 1917 erklärte er in einer Rede im Abgeordnetenhaus folgendes: „Bedenken Sie, welch ungeheuere Erbitterung es bei unseren Schwaben — diesem wurzelfesten Pfeiler der politischen ungarischen Nation — verursacht, dass ihre Kinder aufwachsen, ohne deutsch lesen und schreiben zu können. Beobachten Sie es, welche Verbitterung bei diesem vernünftigen und gründlich gebildeten Volk erzeugt wird, wenn der Soldatensohn dem Vater nach Hause schreibt und der Vater einen Dolmetsch benötigt, um den Brief des Sohnes zu verstehen, denn dieser kann nur ungarisch schreiben, während der Vater nur deutsch lesen kann.“ Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass durch die Verweigerung des muttersprachlichen Unterrichtes diese verlässlichsten Stützen der ungarischen Politik zu Feinden werden könnten.

Zu jener Zeit hat Universitätsprofessor Dr. Jakob Bleyer mit einigen Gleichgesinnten den Plan erwogen, eine kulturelle Organisation für das Deutschtum zu schaffen, um dessen Volkstumserwachen in richtige Bahnen zu lenken. Es ist ihnen auch gelungen, die Einwilligung des Grafen Stephan Tisza und Alexander Wekerle's zu erhalten. Der Zusammenbruch hat zu jener Zeit die Durchführung dieses Planes verhindert. In der dem Zusammenbruch folgenden revolutionären Zeit gab es Konjunktur für allerlei Bewegungen; u. a. sind zwei Volksräte für das Deutschtum entstanden. Der eine Volksrat, in dem die siebenbürger Sachsen eine führende Stellung innehatten, war radikaler und hat der bei der überwiegenden Mehrheit des Deutschtums vorhandenen Sympathie zu dem Magyarentum nur wenig Rechnung getragen. Der andere Volksrat, dem auch Bleyer ange-

hörte, war konservativ und lehnte allzuweit gehende Sonderrechte für das Deutschtum ab. Die seelische Eintracht zwischen Staatsvolk und Deutschtum wollte er bewahrt wissen. Erst nach der Überwindung des Kommunismus erhielt die deutsche Volkstumsbewegung wieder neuen Ansporn.

Damals waren zwei Drittel des Landes bereits abgetrennt, und nur ein Bruchteil des Deutschtums verblieb innerhalb der Grenzen Rumpfungarns. In den abgetrennten Gebieten hat die Volkstumsrenaissance mit ganzer Kraft eingesetzt. Die Deutschen in Rumänien und Südslawien konstituierten sich als eigene Volkskörper, mit eigenen kulturellen und politischen Zielen. Diese Volkswerdung wurde allerdings durch die eigenartigen sozialen und politischen Verhältnisse begünstigt. Bei dem führerlosen Deutschtum Grossungarns ist dem Magyarentum gegenüber allmählich ein Minderwertigkeitsgefühl entstanden. Das sich assimilierende Deutschtum hat als soziales Ideal die vollblütige magyarische Gentry, die herrenhafte Oberschicht, gewählt. Infolgedessen wirkten nicht ein, sondern zwei Assimilierungsfaktoren. Was durch den ungarischen Staat und die magyarische Gesellschaft nicht vollständig erreicht wurde, ergänzte dieses soziale Ideal, dessen Anziehungskraft um so mehr zugenommen hat, je mehr sich das politische Leben entfaltete, je mehr öffentliche Angestellte notwendig wurden. Das Minderwertigkeitsgefühl, das beim Deutschtum dem Magyarentum gegenüber entstand, ist in seinem Wesen sozialen und nicht nationalen Ursprunges. Dem ungarischen Bauern gegenüber entstanden beim deutschen Bauern keine Minderwertigkeitskomplexe. Der deutsche Bauer hat dort, wo er Gelegenheit hatte, Vergleiche anzustellen, die Gleichwertigkeit oder Höherwertigkeit seiner eigenen Wirtschaftsweise der magyarischen Bauernwirtschaft gegenüber erkannt. Was ihm und insbesondere dem deutschen Kleinbürger und Intelligenzler imponierte, war eben der magyarische Herr, der sich im Verwaltungsapparat des ganzen Landes durchsetzte. Da dieser magyarische Herr Träger des magyarischen Nationalgedankens, des ungarischen Staatsgedankens und des magyarischen Kulturwillens war, hat er bei dem ihm bewundernden Deutschtum nicht nur für seinen sozialen Stand, sondern gleichzeitig auch für seine Ideologien, seine geistigen und politischen Zielsetzungen Bewunderung ausgelöst. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, dass das vaterländische Gefühl lediglich auf diese Einwir-

156

kung zurückzuführen ist. Dies Gefühl ist älter als die Durchdringung des ganzen Landes mit der magyarischen Gentry, es ergab und ergibt sich aus der historischen Schicksalsgemeinschaft der beiden Völker und aus der Scholleverbundenheit des Deutschtums. Jedenfalls hat aber auch das soziale Moment zur Steigerung des Vaterlandsgefühles beigetragen.*)

Das seelisch politische Gleichgewicht, das beim Deutschtum in Grossungarn vorhanden war und das auf das Volkwerden dieser Nationalität mindestens hemmend einwirkte, ist infolge des Staatswechsels in den abgetrennten Gebieten zusammengebrochen. Es ist nur zu selbstverständlich, wenn diese politische und soziale Umschichtung bei dem abgetrennten Deutschtum allsogleich das Verlangen nach eigener Volkswerdung auslöste. Wie sehr man dem ungarischen Staat und der gemeinsamen Vergangenheit mit dem Magyarentum als Staatsvolk auch nachtrauerte, man musste sich endlich zu sich selbst bekennen, man musste auf die im eigenen Volkstum liegenden Werte und sozialen Kräfte zurückgreifen, wollte man nicht als eine entmannte soziale Gruppe den neuen Herren zum Opfer fallen. Der Prozess der Volkswerdung wurde noch dadurch begünstigt, dass in den neuen Staaten ausser dem ungarländischen Deutschtum auch volklich ausgereifte deutsche Volksgruppen lebten, die zu dessen Schulmeistern geworden sind.

Auf die Volkswerdung des ungarländischen Deutschtums wirkten solche begünstigende Momente nicht ein. Das Erlebnis des Weltkrieges, die ihm folgenden Revolutionen, die schweren wirtschaftlichen und politischen Nöte des Landes haben die innere Verbundenheit zwischen Deutschtum und Magyarentum noch mehr vertieft. Der bittere Verlust von zwei Drittel des Staatsgebietes hat das Deutschtum nicht weniger hart berührt als das Magyarentum. Nichtsdestoweniger hat die von Prof. Bleyer eingeleitete Bewegung auch in Rumpfungarn Fuss gefasst. Zwei Faktoren wirkten vorwiegend in dieser Richtung. Der eine Faktor ist das siegreiche Vordringen des nationalen Gedankens in ganz Europa, der sich nicht nur auf die Staatsvölker, sondern ebenso auch auf die Minderheiten erstreckt hat. Der Zug der Zeit konnte auch vor den Seelen des in Rumpfungarn verbliebenen Deutschtums nicht halt machen. Ein zweiter Faktor ist

*) Vgl. dazu meinen Aufsatz „Das Deutschungartum und die Parlamentswahlen“, Zeitschr. f. Politik XXI (1931) S. 346 ff.

die Einstellung des amtlichen Ungarns zu dieser Frage. Die ungarische Staatsführung hat alsbald erkannt, dass die alte Mentalität in bezug auf die Nationalitäten den neuen Staats- und Volksinteressen nur nachteilig sein muss. Assimilierungspolitik gegenüber den fremdvölkischen staatlichen Minderheiten hätte Ungarn das moralische Recht genommen, zugunsten der abgetrennten magyarischen Volksgruppen einzutreten. Nur die innerpolitische Verwirklichung der den Nachfolgestaaten gegenüber aufgestellten Grundsätze konnte diesen Forderungen eine moralische aber auch rechtliche Durchschlagkraft verleihen. Nicht allein das. Man hatte schon im ersten Augenblick der Gebietsabtrennung die Revision gefordert und an dieser Forderung unerschütterlich festgehalten. Das Ausmass der Revision hängt mit der von Rumpfungarn befolgten Minderheitenpolitik organisch zusammen. Der geschlossene magyarische Volksboden reicht nicht allzuweit über die Trianongrenze. Ein grosser Teil des Magyarentums lebt in den Nachfolgestaaten vermischt mit anderen Völkern. Die Rückangliederung dieser entfernter siedelnden Volksgruppen hängt auch von dem Willen der mit ihnen vermischten anderen Völker ab. Diese werden nur dann die Revision wünschen und zu ernstern Revisionsfaktoren werden, wenn sie die Erhaltung ihres Volkstums, ihrer Sprache und Nationalkultur im neuen Ungarn gesichert sehen. Versprechungen und selbst völkerrechtliche Verträge und staatliche Gesetze bieten keine solche Gewähr wie die tatsächlich geführte Politik jenen fremdvölkischen Gruppen gegenüber, die im heutigen Rumpfungarn leben. Es gibt fast keinen ungarischen Staatsmann und Politiker von einiger Bedeutung, der die Logik dieses Zusammenhanges nicht vollauf begriffen hätte und der sich dazu — in der Theorie — nicht uneingeschränkt bekennen würde. Vom Grafen Apponyi über den Grafen Bethlen bis zu dem kleinsten Parteiführer hat jeder diese Wahrheit verkündet. In den ersten Jahren der Konsolidierung hat man auch versucht, diese Auffassung in bare Münze umzuwechseln und der Volkstumsbewegung der deutschen Minderheit freien Lauf zu gewähren.

Als Nationalitätenminister hat Prof. Bleyer die Grundlagen einer weitherzigen Minderheitenpolitik gelegt. Graf Bethlen hat einen Schritt weiter getan und positive Verordnungen geschaffen, um die Schulfrage der Minderheiten zu lösen. Auf die Anregung des Grafen Bethlen wurde der Ungarländische Deutsche

Volksbildungsverein gegründet, dessen Vorsitzender Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und dessen geschäftsführender zweiter Vorsitzender Prof. Dr. Jakob Bleyer wurde. Der neue Verein, der überall Ortsgruppen gründete, hat das deutsche Volk in Ungarn in helle Begeisterung versetzt. Man erblickte darin das leibhaftige Symbol dafür, dass sich deutsches Wesen, deutsche Art in Ungarn frei betätigen könnten. Selbst ein Teil der deutschen Intelligenz, der in seiner Seele noch nicht assimiliert war, hat mitgetan. Nun aber stellte es sich allmählich heraus, dass die magyarische Mittelklasse ihre Vorkriegsmentalität nicht so leicht abstreifen kann. Was nützt die klare Logik der Tatsachen, was nützte das Bekenntnis der grössten ungarischen Patrioten, die ungarische Gesellschaft konnte und wollte nicht umlernen, ja ein grosser Teil sah den Fehler der vorkriegsungarischen Nationalitätenpolitik darin, dass man die Assimilierungspolitik noch zu lau betrieben habe. Hätte man rascher assimiliert, so wäre, das ist ihre Ansicht, das Unglück von Trianon nicht eingetroffen. So begann man im ganzen Lande — trotz der mitunter besten Regierungsabsichten — der deutschen Bewegung auf Schritt und Tritt Prügel vor die Füsse zu werfen. Auch auf dem Gebiete der Schulpolitik ist kein Fortschritt erfolgt. Währendem man von der Notwendigkeit einer weitherzigen Minderheitenpolitik sprach, wurde die deutsche Jugend in immer grösseren Scharen dem ungarischen Volkstum zugeführt. Das Ergebnis ist auch nicht ausgeblieben. Im Laufe von zehn Jahren weist die amtliche Statistik einen Verlust von rund 73.000 Deutschen in Ungarn aus.

II.

Man steht fast vor einem Rätsel, wenn man sich die Frage stellt, wieso sich die laut verkündeten Grundsätze für die ungarische Minderheitenpolitik in der Wirklichkeit so wenig durchsetzen konnten? Wieso haben es die autoritären und unzweifelhaft starken Regierungen nicht zuwege gebracht, ihr minderheitenpolitisches Programm zu verwirklichen? Zwei Ursachen wirken hier, die sich gegenseitig beeinflussen. Die ungarische Mittelklasse, vor allem der gesamte Verwaltungsapparat, hat und konnte nicht umlernen. Sie erblickte in jeder minderheitsnationalen Bewegung eine Gefahr für das magyarische Volkstum und für den Staat. Für die Regierung wäre es eine schwere Belastung gewesen, ihren Willen gegenüber einer solchen Einmütig-

keit der ungarischen Gesellschaft zum Siege zu verhelfen. Die von ihr für richtig erkannten minderheitenpolitischen Grundsätze konnten ihr allein nicht die Kraft verleihen, um sie dem Widerstand der Gesellschaft gegenüber durchzusetzen. Für das Odium, das damit verbunden war, wurde sie auf der anderen Seite nicht sogleich entschädigt, denn die Frage der Revision war doch nicht aktuell und die aktive Minderheitenpolitik des Deutschen Reiches im Völkerbund hat der ungarischen Regierung den Kampf um die abgetrennten Volksgenossen ohnedies wesentlich erleichtert. Auf der anderen Seite hat die deutsche Bewegung niemals einen aggressiven Charakter angenommen. Man hatte eine Nationalitätenbewegung gemacht, ohne auch nur den Schein aufkommen zu lassen, dass man entschlossen wäre, sich auch auf Kosten der seelisch politischen Eintracht zwischen Magyarentum und Deutschtum durchzusetzen, geschweige denn, dass man irgendwelche irredentistische Möglichkeiten hätte spielen lassen. Ganz im Gegenteil. Die deutsche Minderheitsbewegung führte einen unaufhörlichen und nicht leichten Kampf, um ihre Staatstreue und Anhänglichkeit an das Magyarentum gegen verleumderische Absichten zu beweisen. Sie machte einen wahren Kultus aus der Bekundung vaterländischer Gefühle und ehrlicher vaterländischer Absichten. Wenn diese politische Einstellung bei Volk und Führer auch seelisch durchaus begründet war, wenn der immer schwieriger werdende Kampf die positive Einstellung zum ungarischen Staat und zu dem magyarischen Staatsvolk auch nicht erschüttern konnte: diese Kampfmethodik hat der ganzen Bewegung ihre eigentliche Stosskraft genommen. Man betrachtete die deutsche Minderheitsbewegung nicht als ernstes Staatsproblem, nicht als ernste Gefahr weder für die Integrität des Staates noch für das bestehende innerpolitische Gleichgewicht. Auf der einen Seite wurde die Regierung gehemmt, ihr minderheitenpolitisches Programm zu verwirklichen, auf der anderen Seite wurde sie von der interessierten Partei, der deutschen Minderheit, nicht dermassen gedrängt, dies Programm zu verwirklichen, dass es sich — in Anbetracht der Unpopularität der ganzen Frage — für sie gelohnt hätte, das mit der Niederrückung der gesellschaftlichen Hemmungen einhergehende Odium auf sich zu nehmen. Die ganze Frage wurde in einem Schwebestand belassen: das Deutschtum machte keinen Fortschritt, die Regierung zog aber auch ihr minderheitenpolitisches Prog-

ramm nicht zurück. Es wiederholte sich die Geschichte mit dem ungarischen Nationalitätengesetz vom Jahre 1868. Das Gesetz hätte einen Teil der Nationalitäten befriedigt, nach Jahrzehnten sogar sämtliche Nationalitäten, man hat es aber nicht durchgeführt, ohne diese Absicht zu verheimlichen.

So ist der Kampf um die Erhaltung deutschen Volkstums ungemein schwierig. Bei Führer und Volk bestehen, wie ausgeführt, seelische Hemmungen, die die Anwendung wirksamster Kampfmethoden von Haus aus erschweren. Dazu kommt, dass die Lagerung des Problems von dem üblichen Minderheitenproblem durchaus abweicht. Wenn wir von dem reinen Volkstumskomplex absehen, so ist zwischen Magyarentum und ungarländischem Deutschtum kein soziologischer Gegensatz vorhanden. Die gleiche Höhe des Kulturstandes, die Möglichkeit sich wirtschaftlich frei zu entfalten, der Mangel jedweder wirtschaftlicher Benachteiligung, die tatsächliche Gleichheit vor dem Gesetz, vor den Behörden, die gleichen Chancen im Wettbewerb um die Erlangung öffentlicher Anstellungen lösen beim Deutschtum keinen inneren Gegensatz zum Magyarentum aus. Das Magyarentum ist dem Deutschtum gegenüber misstrauisch — wie das bei den Minderheiten der abgetrennten Gebiete im Verhältnis zum Staatsvolk der Fall ist. Wer sich damit nicht belastet, sich für die Erhaltung des deutschen Volkstums einzusetzen, der empfindet hier überhaupt kein Minderheitsschicksal. Man kann das Problem kurz dahin zusammenfassen: wer als Deutscher geboren ist, als Deutscher lebt, seine deutsche Muttersprache für sich und seine Familie erhält, wird sich solange nicht als Minderheitsangehöriger fühlen, solange er keine eigene völkische Dynamik, keinen positiven völkischen Willen entfaltet. Ein Deutscher kann wunderbar durchs Leben kommen, auch wenn er als Deutscher verbleibt, er darf nur nicht ein Deutscher verbleiben wollen. Hier auf dem Willensmoment liegt der ganze Schwerpunkt des Problems. Empfindet er seim Deutschtum als positiven sittlichen Wert, für das zu kämpfen sich lohnt, will er diesen sittlichen Wert für sich und seine Volksgenossen erhalten: dann wird er zum Minderheitsangehörigen. Und das aus zwei Gründen. Ein volksbewusster Deutscher, dem das Deutschein nicht ein nebensächliches Attribut ist, der vielmehr in der Verinnerlichung dieses Attributs ein erstrebenswertes Ziel erblickt, wird in den öffentlichen Einrichtungen des Landes und

in der Mentalität der ungarischen Gesellschaft ein schweres Hindernis für die Erreichung seines Zieles sehen. Er kann sich in seinem Volkstum nicht ausleben. Durch diese innere Veranlagung, durch diese auch willensmässig bestimmte Einstellung wird er zum Minderheitsangehörigen. Der nicht volksbewusste Deutsche, bei dem es an einer solchen inneren Veranlagung, an einer solchen willensmässigen Einstellung mangelt, empfindet kein Minderheitsschicksal, weil er in allen übrigen Lebenslagen die gleichen Chancen hat wie der Magyare. Dem volksbewussten Deutschen wird sein Minderheitsschicksal aber nicht nur in der Volkstumssphäre, sondern auch in den übrigen Lebenslagen bewusst, sobald er als solcher bekannt wird. Dann beginnt das Misstrauen der ungarischen Gesellschaft und dann hören die gleichen Chancen im Wettbewerb auf.

Ohne uns tiefer in die soziologische Eigenart des Minderheitenproblems einzulassen, wollen wir nur feststellen: bei den meisten Minderheiten ist der Kampf um die Erhaltung ihres Volkstums zum Teil nur ein Mittel, um sich wirtschaftlich gegen die Übermacht des Staatsvolkes und politisch gegen Zurücksetzung und Benachteiligung zu schützen. Wird die im Volkstum vorhandene Kraft nicht entwickelt und eingesetzt, so wird eine wichtige Kraftquelle zum Schutze der übrigen Lebensbelange unausgenützt belassen. Hier kommt dem Kampf um die Erhaltung minderheitlichen Volkstums daher eine sekundäre Rolle zu. Selbst wenn die Minderheit ihr Volkstum freiwillig aufgeben wollte, so würde ihr das erstens nicht so leicht gelingen, zweitens nicht allzu viel nützen, weil das Misstrauen des Staatsvolkes — und die damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Nachteile — nicht so rasch verschwinden würden. Ein, zwei Generationen würden auch bei einer bewussten Selbstentmannung schwer zu leiden haben. Demgegenüber wird beim ungarländischen Deutschtum der Kampf um die Erhaltung des Volkstums aus primären Gründen geführt, weil eben das Volkstum selbst und nur dies gefährdet ist. Da die Gleichgültigkeit in den Volkstumbelangen mit keinerlei Nach eilen verbunden ist, wie bei anderen Minderheiten, so entsteht im Volke auch nicht die gleiche Abwehrkraft gegen die Gefährdung des Volkstums.

Dass in diesem Kampf alle Mittel, die auch bei den gegebenen Verhältnissen, auch bei vorherrschenden seelischen Einstellung von Volk und Führer dem Staat und dem Magyarentum

gegenüber hätten eingesetzt werden können, nicht eingesetzt wurden, erklärt sich unter anderem daraus, dass man der Meinung war, die Bethlen'schen minderheitspolitischen Grundsätze würden doch obsiegen. Mit dem Abgang Bethlen's ist es aber immer klarer geworden, dass die nachfolgenden Regierungen zu dem Problem innerlich ganz anders eingestellt sind, als er es war und dass sie auch gar nicht die Absicht haben, die Bethlen'schen Grundsätze zu verwirklichen. Die deutsche Führung und ihr Organ, das Budapester „Sonntagsblatt“, wurden durch diese Entwicklung immer mehr beunruhigt, was sich auch in dem schärferen Ton der Zeitung zeigte. Es lag und liegt die Gefahr nahe, dass sich das Deutschtum in Ungarn stark vermindert, ehe ein Wandel in der Regierungspolitik eintritt. Prof. Bleyer sah die Grundlagen seines Kampfes gefährdet und musste sich daher entschliessen, ein gewichtiges Wort vor der grossen Öffentlichkeit des Landes, im ungarischen Abgeordnetenhaus, zu sprechen. Seine Rede, in der er streng sachlich, gestützt auf die amtlichen Angaben und auf positive Erfahrungen, die Lage des ungarländischen Deutschtums schilderte, hat im Parlament und im ganzen Land einen Sturm ausgelöst, der ein scharfes Licht auf den Mangel an Verständnis für die durchaus berechtigten und für den Staat ungefährlichen Bestrebungen des Deutschtums warf. Die Rede, aber auch die Wirkung, die sie auf die ungarische Gesellschaft übte, hat einen Stein ins Rollen gebracht, der allem Anschein nach nicht ohne günstige Wirkung für das zukünftige Schicksal des deutschen Volkstums in Ungarn sein wird. Sie zeigte dem Lande und der Regierung, dass hier ein Problem vorliegt, welches nicht mehr übergangen werden kann, und welches — in dem heutigen Schwebezustand belassen — schliesslich Formen annehmen könnte, die für das innere Gleichgewicht des Staates abträglich sind.

Die grosse Bedeutung, die dem Problem für Ungarn nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern aus dem Gesichtspunkt aktueller politischer Dynamik nun zukommt, beweist ein Aufsatz des Grafen Bethlen in der führenden konservativen Zeitschrift „Magyar Szemle“, der im ganzen Lande sensationell gewirkt hat. Graf Bethlen hat zwar Prof. Bleyer gegenüber die minderheitenpolitische Lage in Ungarn etwas günstiger eingestellt, der Grundton seines Aufsatzes ist aber grosse Bestürzung

darüber, dass die ungarische öffentliche Meinung für diese Frage keinerlei Verständnis aufbringe, und Ansichten vertrete, die für die politischen Aspirationen des Landes und für sein politisch-moralisches Kapital in höchstem Masse gefährlich seien. Bethlen erklärt ganz offen : „Ich muss mit Bedauern feststellen, dass insbesondere ein Teil der ungarischen Provinzintelligenz, Pfarrer, Lehrer, Notare, Stuhlrichter und Komitatsherren eine vaterländische Pflicht zu erfüllen glaubt, wenn er seinen Einfluss offen oder geheim dahin geltend macht, dass im Volksschulunterricht von Kindern deutscher Muttersprache die deutsche Sprache tunlichst zurückgedrängt werde oder dass an Vortragsabenden oder sonstigen kirchlichen und kulturellen Zusammenkünften kein deutsches Wort erklingen soll. Von Menschen mit solchen Ansichten werden dann diejenigen zu „Pangermanen“ gestempelt, die einen deutschen Kulturverein besuchen oder propagieren, eine deutsche Zeitung abonnieren usw.“ Bethlen hat mit seinem Aufsatz seine ganze Autorität eingesetzt, um auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Erfreulicherweise gibt es auch noch andere Politiker, die für eine gerechte Lösung eintreten. Es sei hier nur noch der grosse ungarische Publizist Milotay genannt, der sowohl im Parlament, wie auch in seiner Zeitung „Magyarság“ mutig für die Minderheiten eingetreten ist.

Heute kann man die Konturen der kommenden Entwicklung noch nicht voraussehen. Das ungarische Nationalitätengesetz vom Jahre 1868 enthält wichtige und wertvolle minderheitspolitische Grundsätze, so dass es kaum nötig ist auf die Minderheitsverträge zurückzugreifen, da dieses Gesetz nur durchgeführt und in gewissen Teilen abgeändert werden muss um das Problem in Ungarn gänzlich zum Verschwinden zu bringen.

Teuto-turanischer Froschmäusekrieg.

In unserer letzten Nummer haben wir uns mit der sog. Bleyer-Affäre und im Zusammenhange damit mit der Lage des ungarländischen Deutschtums sowie mit der ungarischen Minderheitenpolitik reichlich befasst. Wir haben die beiden diesbezüglichen Exposéés des Ministerpräsidenten Gömbös zum Abdruck gebracht, ebenso die Abhandlung des Grafen Stephan Bethlen,

ferner die Erklärung Jakob Bleyer's und alle wichtigeren Äußerungen in der ungarischen Presse, die zu der Affäre Stellung nahmen.

Ergänzend möchten wir hier unsere Leser noch mit der Auffassung der radikalen ungarischen Demokraten bekanntmachen, die ihren Ausdruck findet in einem von *Rusztlem Vámbéry* verfassten Artikel, betitelt *«Teuto turanischer Froschmäusekrieg»* (*«Teuton-turáni batrachomyomachia»*), den der Verfasser im April-Juni-Heft der von ihm redigierten soziologischen Zeitschrift *«Századunk»* veröffentlicht. Wir bekommen dort unter anderem folgendes zu lesen :

„So oft sich auch die Nationalitäten im vorkriegszeitlichen Ungarn mit Recht zu beschweren hatten, den geringsten Grund dazu hatte gerade das Deutschtum, das vom feudalen Regime als Lieblingskind verhätschelt wurde. Die sächsischen Abgeordneten zeichneten durch korporative Unterstützung die jeweilige Regierung aus, die den Schulen und anderen Kultureinrichtungen der sächsischen Gemeinde verständnisvolle Pflege ange-deihen liess. Zwar nicht aus Achtung vor dem Prinzip der nationalen Toleranz, als vielmehr aus jener politischen Überlegung, durch die die Suprematie der herrschenden ungarischen Klassen über Österreich und die Habsburger sich in letzter Linie auf das Deutsche Reich stützte. Wenn trotzdem Herren vom Schlage der Steinacker und Brandsch die Luft mit dem Gejammer des Unterdrücktwerdens erfüllten, so hatte dies seinen Grund beileibe nicht in dem die Kuruzenart hervorkehrenden „Nix dájcs“, oder im Schlagwort „Der Deutsche ist doch ein Spitzbube“ (*Mégis huncut a német*“), das vom deutschen Nationalismus aus purer Böswilligkeit mit „Der Deutsche ist ein Hundsfott“ übersetzt wurde, sondern in dem Bestreben, aus der hiesigen Minderheit eine erobernde Vorhut der grossdeutschen Mehrheit zu schaffen. In jedem Widerstand gegen die pangermanischen Aktionen erblickten sie eine Verletzung ihrer Rechte, die Verfolgung der deutschen Kultur in allem, was sich dem deutschen Imperialismus nicht unterwarf. Es verletzte sie das überhebliche Selbstbewusstsein, als wir an der deutschen Benennung „Ofen-Pest“ etwas auszusetzen hatten, als wir aus den ungarischen Volksschulen die deutsche Sprache als Pflichtgegenstand verbannten, als man das abgebrannte deutsche Theater in Budapest nicht wieder aufbaute, sondern wir uns bescheiden

mit deutschen Gastspielen begnügten, sie wunderten sich darüber, dass in Ungarn *auch* ungarische Bücher und ungarische Blätter erscheinen, kurz sie waren empört, dass wir nicht aktiv behilflich waren, dem deutschen Nationalismus — am Deutschen Wesen soll die Welt genesen — auf Kosten der ungarischen Kultur Geltung zu verschaffen. C'est un animal méchant — sagten sie — il se défend quand on l'attaque.

Ein epigonenhafter Geiger dieses alten Liedes liess sich nun in der Person Herrn Professor Bleyer's vernehmen. Jedoch wo ist der Schnee hin vom vorigen Jahr, wohin das Deutschtum als machtvoller Beschützer der feudalen ungarischen Klassen und wo sind die nahezu zwei Millionen Deutschen, von denen uns weniger als ein Viertel geblieben sind? Aber nicht allein deswegen kam dieser verspätete Spielmann Wotans, des Turnvaters Jahn und des „Führers“ zur unrechten Zeit. Heute, wo der zur Berserkerwut entfachte deutsche Nationalismus Orgien der Unduldsamkeit feiert, wo die berauschte arische Rassentheorie einen Vernichtungsfeldzug führt nicht bloss gegen die sich in der Minderheit befindlichen Rassen, sondern auch gegen die sich in der Minderheit befindlichen Meinungen, heute wahrlich ist es ein Anblick von ergötzlicher Heiterkeit, wenn der am oberen Lauf der Donau lebende Wolf Klage erhebt gegen das am unteren Lauf der Donau lebende Lamm, weil es das klare Wasser der nationalen Duldsamkeit trübe und die deutsche Minderheit verdursten lasse. Welcher Umstand war wohl geeignet, als zeitgemässe Gelegenheit zu jener Klage zu dienen, in der der einstige nationale Minister des magyarischen Erwachens die Seele des deutschen Erwachens hinströmen liess? Was hat dem gewordenen Bundesgenossen des Pekár'schen Turanismus einen solchen Schrecken eingejagt, dass er nicht einmal die S. A. und S. S. Formationen für ausreichend hält, sondern sich direkt an die ungarische Regierung wendet, um sie zur Beschirmung der bedrängten Germanen anzurufen? Möglich, dass er den „Turanischen Alarm“ („Turáni Riadó“) gelesen hat, der die Schülerinnen der VII. Klasse der Mädchengymnasien zum Kampfe ruft:

„Auf, die Zeit ist da, zur Schlacht!
Der Arier zittert vor unsrer Macht!“ . . .

(D. Farkas: Bardenlieder [Regös dalok.])

Jetzt befürchtet er also, dass man etwa die Deutschen mit den Ariern verwechselt (was ja in Anbetracht der Unklarheiten der Rassentheorie verständlich wäre) und die kühnen Führer der Turaner Gesellschaft sich auf ihr Schlachtross schwingend Hitler, Göring, Goebbels und das Heer der 17 Millionen arischen Nazi zur Zielscheibe ihrer Pfeile wählen. Es ist ja wahr, dass auch vor tausend und etlichen Jahren von den Lippen der braven deutschen Klosterbrüder das inbrünstige Stossgebet ertönte : a sagittis Hungarorum libera nos Domine, aber diese besaßen wenigstens soviel logisches Denken, dass sie sich nicht an die ungarische Regierung, sondern an den Herrn im Himmel um Hilfe wandten. Oder wird vielleicht die deutsche Kultur, an der teilzuhaben Professor Bleyer seiner Abstammung und seinem Berufe nach mit vollem Recht sich eine Herzenssache sein lässt, von der Gefahr bedroht, dass von nun ab in den Deutschstunden der ungarischen Mittelschulen statt Goethe's „Faust“ „Oberleutnant Dodó“ von Julius Pekár gelehrt werden wird ? Auch diese Befürchtung dürfte übertrieben sein, denn in Ungarn drohen heutzutage der deutschen Kultur weit geringere Gefahren, als in ihrem eigenen lieben Mutterlande.

Aktualität dürfte also der frontalen Offensive Bleyer's, die bemüht war sich als Defensive hinzustellen, kaum zukommen. Zumindest war sie nicht zeitgemässer, als sie es damals gewesen wäre, als der Herr Minister Bleyer in der Reihe der turanischen gegenrevolutionären Führer zur Attacke ritt. Wahrscheinlich hat es ihn am allermeisten überrascht, als seine einstigen Gesinnungsgenossen jetzt gegen ihn Stellung nahmen, was jedoch seinen augenfälligen Grund darin hat, dass der rassentheoretische Nationalismus ein unzuverlässiger, sumpfiger Boden ist. Man kann nicht ungestraft das Ungartum durch das Rassenmagyarentum, das Deutschtum durch das Ariertum ersetzen, denn leicht kann es sonst auch den Ariern so ergehen, wie einstens den Arianern, deren Streit schliesslich die gläubenseifrigen christlichen Bischöfe dazu führte, gegeneinander wechselseitig den Bannfluch zu schleudern. Und auch jeder nationalistische Glaubensstreit muss früher oder später mit Köpfeinschlagen enden, ohne Rücksicht auf den Eifer, mit dem die Diktatoren des Chauvinismus ihre Herrschaft in der Internationalität ihres Nationalismus zu verankern bestrebt sind.

Aber nicht bloss der Angriff entbehrte der Aktualität, son-

dern auch die Verteidigung, mit der die verschiedenen Faktoren unseres vaterländischen Nationalismus auf die hiesige Ausstrahlung des deutschen Nazi-Selbstbewusstseins reagierten. Unsinn zu reden ist ein so geheiligtes menschliches Recht, dass nicht einmal Universitätsprofessoren und Abgeordnete seiner entraten können und gegen das man sich wohl dann am unglücklichsten verteidigt, wenn man es ernst nimmt. Niemand kann bezweifeln, dass die sturmerregende Interpellation aus der ehrlichen Überzeugung des Interpellanten kam, weswegen seiner Äusserung die Stichhältigkeit wahrlich nicht dadurch zu nehmen ist, dass man den Kopf des Redners fordert und ihn so zum Märtyrer weiht. Gesundes Lachen nur — nicht weiter — hätte die Behauptung auslösen dürfen, dass die deutsche Kultur in Ungarn unter Verfolgungen zu leiden habe. Es war wirklich nicht der Mühe wert, einer solchen Sache zuliebe die zornigpathetische Tonart der Demonstrationen zu verschwenden. Zum Glück versandete die Affäre im Humor des Duells: Hadur *) erwies sich im Waffengange stärker als Wotan, was wahrscheinlich ein himmlisches Lächeln auf die Lippen des übernationalen lieben Gottes gelockt haben dürfte. Sicherlich dachte er für sich: ein merkwürdiges Tier dieses mein Geschöpf, der Mensch. Dreissigmillionen Arbeitslose hungern auf der Erde und sie haben nichts besseres zu tun, als die kulturelle Überlegenheit ihrer Sprachen und Schädelformen durch gegenseitiges Köpfeinschlagen zu beweisen. Es wäre schade gewesen, sie nicht zu erschaffen, denn wer würde sonst um das das Weltall ewig belebende, aber in der Natur fehlende Element Sorge tragen: um den Humor?"

*) Hadur (= Kriegsherr) war der Gott der heidnischen Magyaren.

Wie Rumänien und Jugoslawien den Völkerbund zum Narren halten.

Aus der am 12. August 1933 erschienenen (187) Nummer des „Bündner Tagblatt“-es nehmen wir diesen Artikel.

„Mundus volt decipi, ergo decipiatur“ ist ein alter Satz. Die Welt will betrogen werden, sie soll also betrogen sein. Man ist fast geneigt, den Satz auf den Völkerbund anzuwenden, wenn

man erfährt, wie Jugoslawien und Rumänien die Weisen des Völkerbundes zum Narren halten und wie diese sich zum Narren halten lassen. Das ist die Folge dessen, dass die Völkerbundsstatuten bei Behandlung von Minderheitsbeschwerden das bewährte „kontradiktatorische Verfahren“ verwirft und die Verhandlung abschliesst, ohne dass der Kläger das Recht hätte, auf die oft unwahren Ausführungen der angeklagten Staaten zu antworten.

Wenn ein Leser das Wort „unwahr“ etwa als zu drastisch finden würde, so möge er die folgenden Tatsachen in Betracht ziehen. Da ist z. B. die Klage der kathol. und reform. ungarischen Kirchen Siebenbürgens mit ihren Schulbeschwerden, die dem Völkerbund vorgelegt werden. Der Völkerbund weist die Klagen zurück. Niemand kann sich in Siebenbürgen vorstellen, wie das möglich war. Ein geschickter siebenbürger Journalist, der in Genf lebt, geht der Sache nach, und da stellt es sich heraus, dass die rumänische Regierung dem Völkerbund zwei von ungarischen Lehrern unterschriebene Erklärungen vorlegte, in welchen das Gegenteil dessen behauptet worden ist, worüber sich die Kirchen beklagten. Die beiden Lehrer werden von den Kirchen zur Verantwortung gezogen, und sagen, dass sie nie ein solches Schriftstück unterzeichnet hätten. Dann fällt es beiden ein, dass sie zum Schulinspektor gerufen wurden, der ihnen eine in rumänischer Sprache verfasste Schrift übergab, sie aufforderte, die Schrift zu kopieren und zu unterschreiben. Die rumänisch nicht sprechenden Lehrer verstanden die Schrift nicht und baten um Auskunft über den Inhalt. Der Schulinspektor log ihnen, dass es sich um Zuweisung von Schulbüchern handle. Die Lehrer taten, was man von ihnen verlangte. Das war die Schrift, die nichts von Schulbüchern enthielt, sondern eine Erklärung, die im Gegensatz zu den Kirchenbeschwerden stand.

Es ist ein ganzer Roman, wie die Behörden die beiden konfessionellen Lehrer vor der Unterschrift des gefälschten Dokumentes behandelte. Der eine von ihnen ist zu Pfingsten verhaftet worden. Man führte ihn auf einen sieben Kilometer langen Weg in strömendem Regen zur Gendarmeriekaserne. Die Gendarmen sassen im Wagen. Der Lehrer musste den ganzen Weg vor dem Wagen schnell laufen. Am Gendarmerieposten bekam er 2 Tage nichts zu essen. So führte man ihn zum Schulinspektor, der ihn zuerst in völlig ungerechter Weise beschuldigte,

eine Agitation gegen das Staatsvolk begangen zu haben. Als der Lehrer den Kopf völlig verlor, folgte die Szene mit der Unterschrift des gefälschten Dokumentes, das bestimmt war, den Völkerbund zu betrügen.

Eine ähnliche Klage der Ungarn Jugoslawiens, die dem Völkerbund vorgelegt worden ist, und sich darauf bezog, dass die ungarischen Kinder nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, ist im Völkerbund darum gescheitert, weil die serbische Regierung nach Eingabe der Klage eine Verordnung ausgab, die den Unterricht in der Muttersprache befahl. Diese Verordnung ist dem Völkerbund vorgelegt worden. Gleichzeitig haben jedoch die Behörden eine andere Verordnung verschickt, die sagt, dass am serbischen Unterricht der ungarischen Kinder nichts geändert werden soll. Eine Petition der kathol. Kirchengemeinde der Stadt Senta, die sich beklagte, dass der in 1914 unter ungarischer Herrschaft begonnene Kirchenbau von der serbischen Regierung verboten worden ist, wurde zunichte, weil die serbische Regierung mit ihren Machtmitteln die Petenten zwang, die Beschwerde zurückzunehmen.

Und der Völkerbund nimmt einen Betrug nach dem anderen zur Kenntnis, ohne der Sache weiter nachzugehen.

Aide-Mémoire du Conseil Slovaque adressé à la Société des Nations.

IV.

LA REVISION DE LA QUESTION SLOVAQUE

1. Où la Slovaquie appartient-elle et où veut elle appartenir ?

Étant donné que tous nos malheurs proviennent de ce fait qu'on nous a détachés de la Hongrie pour nous attacher à la Tchéquie — n'est il pas évident que la seule réparation possible de l'injustice criante commise envers nous, est nous rattacher à notre ancienne patrie millénaire, la Hongrie, avec les garanties de nos droits nationaux.

Actuellement nous sommes la pomme d'Eris entre les Tchèques et les Hongrois. Que la Société des Nations veuille bien décider où appartient la terre slovaque. Qui est celui qui

a le plus de droit à la posséder. Puisque la Slovaquie à cause de peu d'importance de son étendue et de sa pauvreté ne peut former un Etat indépendant ; la question est de savoir où la raison la place.

Au point de vue géographique le Slovaquie est la partie integrante de la Hongrie d'avant guerre. Il suffit de jeter un coup d'oeil sur la carte pour constater ce fait. Toutes ses rivières se déversent dans le Danube, ses vallées suivent le courant de ses rivières vers la plaine hongroise. La Tchèque par contre appartient à tout un autre système géographique et hydraulique. Notre capitale naturelle est Budapest et non Prague.

Du point de vue économique la Slovaquie forme une unité parfaite avec la plaine hongroise. Elles se complètent. C'est également un fait indiscutable.

Au point de vue historique la Slovaquie appartient également à la Hongrie comme nous l'avons déjà démontré plus haut. Par contre nous n'avons jamais appartenu à la Tchèque. Les seules relations que nous ayons eues avec les tchèques consistent dans l'occupation de la Slovaquie par des Hussites pendant 20 ans. Ce laps de temps leur a suffi pour saccager et dévaster complètement notre terre. Cinq siècles plus tard ils occupent de nouveau notre pays et ils le saccagent et le devastent comme à la première fois. La parole de l'histoire parle assez clairement.

Le seul argument des Tchèques valable sur le quel ils basent leur droit sur nous, est que nous apparteront à la même famille slave. Mais comme nous l'avons déjà dit, la parenté ethnique ne peut servir de base à une union politique. Il est préférable pour nous de vivre avec les Hongrois, car grâce à leur tolérance notre langue a pu subsister dans sa purté pendant mille ans.

Il n'est donc pas étonnant que les Slovaques exigent le retour à la Hongrie.

Hlinka le chef du parti populaire slovaque déclare, que toutes les calomnies inventées contre la Hongrie sont vaines, car notre ancienne patrie hongroise nous a donné beaucoup plus que la République tchèque qui nous est complètement étrangère. Il s'en faut de beaucoup que les Hongrois pendant les mille ans que nous avons vécu ensemble, nous aient causé la

moitié des torts que les Tchèques nous ont fait en 15 ans. (Narodnie Noviny 20. IX. 29).

2. Nous demandons le plébiscite pour la Slovaquie.

Si tous ces arguments ne suffisaient pas à la Société des Nations, nous la prions de bien vouloir faire voter le peuple Slovaque, car la parole des hommes politiques ne peut être décisive. Une partie des politiciens slovaques est à la solde des Tchèques et l'autre sous leur terreur. C'est pour cette raison qu'il faut s'adresser directement au peuple slovaque, puisqu' il s'agit de sa destinée.

Si les Tchèques se croient francs en disant qu'ils ont libéré les Slovaques et fait fleurir la Slovaquie — ils ne devraient pas craindre un plébiscite. — Et pourquoi le craignent ils alors ? Le point de vue hongrois est tout autre. Les hongrois ont déclaré à la conférence de Paix qu'ils se soumettent au plébiscite de la population non hongroise qui a vécu en communauté avec eux pendant mille ans.

Qu'il nous soit permis de citer une partie de l'exposé verbal prononcé à la conférence de Paix par le Comte Apponyi. „Au nom du grand principe qui a été si bien formulé par M. le Président Wilson, à savoir : qu'aucune masse d'hommes, aucune population ne devait être transféré d'un Etat à un autre sans être consulté, comme s'il s'agissait d'un troupeau de bétail sans volonté, au nom de ce grand principe qui est, d'ailleurs, un axiome de bon sens et de moral publique, nous demandons, nous réclamons pour les parties de notre pays qu'on voudrait détacher de lui, le plébiscite, et *je déclare que nous nous soumettons d'avance aux résultats de ce plébiscite, quel qu'il soit.* Naturellement, nous demandons qu'il soit effectué dans des conditions qui en assurent la parfaite liberté.” On peut constater que le point de vue Hongrois n'a aucunement changé par la déclaration de l'ancien ministre des minorités Bleyer lue à la chambre hongroise le 29 mai 1929.

Nous autres Slovaques nous demandons à la Société des Nations que dans la question Slovaque elle entende non seulement les Tchèques et les Hongrois mais nous aussi.

Nous qui présentons l'Aide Mémoire, nous déclarons que nous nous soumettrons à la décision de notre peuple.

Etant donné que nous connaissons la situation et les besoins de notre peuple, nous nous permettons d'exposer brièvement notre point de vue !"

1. Le plus profond désir des Slovaques est de se séparer des Tchèques, ce désir doit être respecté. Les Tchèques eux mêmes connaissent bien ce désir.

D'après M. K. Kalal. un des principaux politiques tchèques : „Les Slovaques sont tous séparatistes.” („Considérations sur l'âme slovaque.” p. 16.)

Les poètes tchèques Brezina et Deml, après avoir parcouru la Slovaquie, ont déclaré, rendant compte de leurs impressions à Prague, que „les Slovaques haïssent les Tchèques, ils les pendraient même” (Slovak, 31. juin 1931).

Le journal „Slovenske Noviny” exprima les sentiments des Slovaques sous une forme précise : „Séparons-nous pour toujours des Tchèques ! Amen.” (5. septembre 1931.)

2. La question Slovaque ne pourrait être résolue par une autonomie dans la République tchécoslovaque. Et pourquoi non? Car même si les Tchèques nous assuraient l'autonomie, nous resterions séparés de la plaine Hongroise qui est notre terre nourricière.

L'autonomie ne ferait pas réouvrir nos usines que les Tchèques ont fait démonter et ne mettrait pas fin au chômage. Elle ne changerait pas le naturel des Tchèques. Gallus historien polonais a écrit au XI. siècle : „Bohemi sunt magni fures naturaliter rapaces.” Les Tchèques selon lui sont des grands voleurs et la nature ne change pas. Admettons que nous obtenions une autonomie, les affaires financières, militaires et étrangères resteraient dans les mains des Tchèques. Notre situation désastreuse ne changerait guère. Ceci n'est donc qu'une supposition que les Tchèques ne voudraient jamais réaliser. Professor Tuka a été condamné à 15 de réclusion parcequ' il a énergiquement exigé l'autonomie Slovaque. Quant à la Ruthénie, dont l'autonomie a été assurée dans le traité de paix même (traité de St.-Germain-en Laye) les Tchèques en ont jusque à maintenant refusé l'exécution. Ils se soucient peu des clauses des traités quand ces clauses ne favorisent pas leur intérêt.

Ils ne peuvent pas accorder l'autonomie aux Slovaques. Actuellement 260.000 Tchèques administrent la Slovaquie. L'auto-

nomie une fois réalisée, que deviendraient ces tchèques ? C'est pour cette raison que le député tchèque Kalal dit : „Il est vain de parler de l'autonomie Slovaque car la chambre tchèque ne la votera jamais.”

3. Nous n'osons pas demander sérieusement que les Grandes Puissances fassent de la Slovaquie un Etat indépendant. Notre pays est petit, notre nation est peu nombreuse, et le monde n'est pas disposé à augmenter le nombre des petits Etats. Les hommes politiques et les économistes veulent plutôt diminuer le nombre et l'étendue des frontières et agrandir les territoires économiques. Enfin, la petite Slovaquie complètement dépouillée par les Tchèques, étant réduite à la misère, nous ne pouvons pas espérer que la Société des Nations se charge d'un nouveau mendiant.

4. C'est pour cette raison que nous exigeons *qu'on nous rattache à notre ancienne mère-patrie, la Hongrie*. Nous y appartenons géographiquement et économiquement et nous y avons appartenus politiquement pendant mille ans. Que c'est la volonté du peuple Slovaque, un plébiscite le démontrerait clairement. Les Tchèques le savent très bien et c'est pourquoi ne veulent entendre parler ni d'autonomie ni de plébiscite. Le président Masaryk a coutume de dire aux autonomistes Slovaques : „Nous ne pouvons accorder l'autonomie aux Slovaques, ils en profiteraient pour se séparer de nous et retourner à la Hongrie. (Berliner Tagblatt 26. VII. 30.)

L'organe de Benès „Cesko Slovo” écrit : „Nous ne pouvons pas nous fier aux Slovaques. Leur désir unique est de déchirer la République, et de retourner à la Hongrie.” (Slovak, 26. II. 1929.)

D'avance, nous protestons contre tout compromis tendant à résoudre la question slovaque par le partage de la Slovaquie entre les Tchèques et les Hongrois. Un tel partage porterait un coup mortel à notre avenir et créerait un foyer d'incendie dans cette partie de l'Europe centrale. Qu'on rattache donc à la Hongrie, non une partie de la Slovaquie, mais la Slovaquie toute entière. Dans ce cas là, nous n'exigerions qu'une chose ; qu'on assurât, dans le cadre de la Hongrie, notre existence nationale et notre développement.

V.

LA SOLUTION DE LA QUESTION SLOVAQUE EST UN INTÉRÊT EUROPÉEN.

1. La Petite-Entente balkanise l'Europe-Centrale.

La solution de la question Slovaque que nous proposons est l'intérêt de toute l'Europe.

C'est avant tout l'intérêt de la civilisation européenne. On ne saurait tolérer que les États successeurs qui se sont réunis dans la Petite Entente puissent garder leur proie de guerre et balkaniser toute l'Europe-Centrale. Ainsi les Tchèques ont détruit pendant les 15 ans toutes les branches de notre civilisation et de notre culture. Nous allons le prouver !

La base de la culture est la culture économique *primum vivere deinde philosophari*. Qu'ont ils fait à ce point de vue ? Ils ont démonté toutes nos usines et détruit notre industrie. Nos anciens chantiers ressemblent aujourd'hui à des cimetières. Ils ont dévasté nos forêts. Notre peuple se voit réduit à la mendacité. Avec la base économique s'est écroulé le bâtiment de notre culture intellectuelle, car comment peut on s'occuper des sciences et des arts quand on a souci de vivre. Le peuple perd une grande partie de son temps à des démonstration de famine. Toute la culture nationale qui nous est propre est anéantie. Nos écoles sont saisies et transformées en usines de tchéquisation. L'Université de Pressbourg n'est pas un foyer de sciences, c'est de la politique qu'on y fait, la politique de dénationalisation des Slovaques.

Que devons nous dire de la culture sociale ? La culture sociale fleurit lorsque la vie familiale est réglée, la société est organisée et le mécanisme de l'État fonctionne. Et que se passe-t-il ? Comment ces pauvres Slovaques peuvent ils vivre une vie familiale réglée si les hommes sont obligés d'emigrer et d'abandonner leurs femmes et leurs enfants. Et quelle est la vie de l'État. Le président Masaryk à l'occasion de la dernière crise ministérielle (Malypetr) a fait la déclaration suivante : „Tout le monde vole, La corruption chez nous est beaucoup plus grande qu'on ne le croirait.” Toute la presse a publié cette déclaration.

Et que dire de la culture morale, qui est la couronne de toutes les cultures ? Nous avons déjà largement démontré dans

cet Aide-Mémoire vers quel abîme moral les Tchèques nous poussent depuis 15 ans.

2. *La Slovaquie et la Ruthénie sont des foyers de révoltes.*

La paix de l'Europe exige également la rapide solution de la question Slovaque. Il est vrai que le naturel de notre peuple est doux et paisible, il supporte avec passivité la tyrannie tchèque, il se lamente, il gémit, il organise des démonstrations de famine, il n'a recours à la force, il se tue dans son désespoir — mais sa patience est à bout. L'atmosphère en Slovaquie est tellement chargée que le peuple est prêt à se réunir sous les ordres de tout agresseur qui marcherait contre les Tchèques les armes à la main. — Il suffit d'une étincelle que l'oeuvre de la paix dans l'Europe-Centrale soit détruite. La Slovaquie et la Ruthénie sont des foyers de révoltes. Videant consules !

VI.

LE CONSEIL SLOVAQUE.

En terminant, qu'il nous soit permis d'expliquer pourquoi ce sont les émigrés slovaques qui adressent ces informations et ces demandes à la Société des Nations. C'est que nos frères vivant sous le régime tchèque ne peuvent le faire, et cela pour deux raisons.

Premièrement, parce que, dépouillés de notre nom national par les Tchèques qui en inventant le nom „tchécoslovaque”, ont fait croire que nous faisons partie de la nation dite tchécoslovaque, „fondatrice” de l'Etat du même nom, nous ne figurons pas parmi les minorités nationales et ne pouvons pas nous adresser aux autorités internationales chargées de la protection des minorités. Ainsi devant ces autorités, nos frères de Slovaquie ne peuvent défendre les intérêts de notre nation.

Deuxièmement, vivant sous la terreur tchèque, ils savent bien que les Tchèques punissent avec une rigueur extrême ceux qui, à l'étranger, formulent des plaintes contre leur régime. C'est pourquoi les Tchèques ont puni et le professeur Tuka et André Hlinka qui, ainsi que nous l'avons dit au début de cet Aide-mémoire, a été condamné à six mois pour être allé à Paris afin d'y révéler la vérité sur leur tyrannie.

Fuyant la terreur tchèque, nombre de patriotes slovaques ont émigré de Tchécoslovaquie afin de pouvoir lutter librement

pour notre nation opprimée. Nous, les émigrés slovaques vivant en France, en Pologne, en Autriche, en Hongrie, et aux États Unis d'Amérique, avons créé le *Conseil Slovaque* au nom duquel nous nous permettons d'adresser à la Société des Nations, les plaintes et revendications contenues dans cet Aidemémoire.

Genève, le 5 juillet 1933.

VICTOR DVORČAK

a. président du Conseil National Slovaque constitué le 11 décembre 1918 à Košice
a. membre de l'assemblée Nationale à Budapest
directeur de la „Slovaquie”, émigré en France.

FRANÇOIS JEHLIČKA

président du Conseil Slovaque constitué le 5 juillet 1933 à Genève,
a. membre de l'Assemblée nationale à Prague
a. professeur à L'université, émigré en Autriche

CHARLES BULISSA

avocat
a. secrétaire général du Conseil national Slovaque constitué le 11 décembre 1918 à Košice, émigré en Hongrie

FRANÇOIS UNGER

a. secrétaire général du parti populaire Slovaque, émigré en Pologne

ANTOINE MORAVEK

directeur de „Samostatnost”,
curé de la paroisse de Mac-Keesport
U. S. A.

Die schwarze Fahne mit dem Totenkopf.

„Narodna Odbrana”, das Hauptorgan der bekannten gross-serbischen Organisation gleichen Namens, veröffentlicht die Rede, die das Mitglied des Hauptausschusses der serbischen Komitadschi-Organisation, Vukitschevitch, auf dem Kongress der Narodna Odbrana in Banjaluka gehalten hat. Der Komitadschi Delegierte begrüßte die Anwesenden im Namen der Komitadschi, die gegenwärtig in achtzig Formationen an allen Grenzen Jugoslawiens organisiert seien, und die zusammen viele Tausende von erfahrenen und erprobten Kämpfern umfassen, sowie im Namen des Präsidenten des Hauptausschusses der Komitadschi-Organisation, des Komitadschiführers Kosta Pet-schanatz. Für das hohe Ansehen, das die Narodna Odbrana im Volke genieße (?), führte der Redner aus, sei der sprechendste

Beweis das grosse antirevisionistische Treffen, das sie vor kurzem in der Residenz Belgrad veranstaltet hat. Aus diesem Treffen habe die Narodna Odbrana jedenfalls entnommen, mit welcher Aufmerksamkeit ihre Tätigkeit nicht nur von allen patriotischen Bürgern, sondern auch von ihren äusseren und inneren Feinden verfolgt werde. Der Staat vermöge bei noch so wachsender Führung all die vielen auswärts unternommenen Angriffe auf seine nationalen Heiligtümer und vor allem auf die Integrität seines Territoriums nicht immer und überall rechtzeitig zu parieren. Auf diese versuchten Anschläge verantwortlicher und unverantwortlicher Faktoren der feindlichen Staaten müssten daher stets Gegenangriffe der serbischen patriotischen Organisationen, vor allem der Narodna Odbrana, erfolgen. Der Redner schloss mit dem Ausruf, dass das Ziel der Narodna Odbrana in ihrem Wappenspruch „Für den Ruhm und die Freiheit des Vaterlandes!“ gegeben sei. Dies sei auch die Devise der Komitadschi Organisationen, und die Art, in der dieses Ziel zu erreichen sei, käme zum Ausdruck in der schwarzen Fahne mit dem Totenkopf und den darunter gekreuzten Gebeinen. Die vornehmste Aufgabe der Komitadschi-Organisationen sei aber die Bereithaltung der Komitadschi für den Moment der Notwendigkeit, das heisst für den Krieg.

Serbischer Boykott der deutschen Zeitungen.

Wie die serbische Zeitung „Dnevnik“ vom 19. Juli meldet, beschloss das serbische städtische Kasino in Subotica auf Antrag seines Mitgliedes Ilija Lepedat, eine Propaganda für den Boykott aller deutschen Blätter und Zeitschriften einzuleiten. Dieser serbische Boykott wird in dem Antrag damit begründet, dass die Presse der sogenannten „Lausitzer Serben“ in Deutschland verfolgt werde.

Die schweizer Presse über die Behandlung der Minderheiten in Rumänien.

Schaffhauser Zeitung 15. Juli 1933 (No. 162.) *Die Lage des Ungartums in Siebenbürgen.* Der Präsident der ungarischen Partei Siebenbürgens stellte in der diesjährigen Generalversammlung fest, dass die Rechte der Ungarn Siebenbürgens nur auf dem Papier enthalten sind. Die Lage der nach den vielen Einsperrungen überbliebenen konfessionellen katholischen und reformierten Schulen verschlimmert sich von Tag zu Tag. Die staatlichen „ungarischen“ Schulen haben Lehrer, die vielfach nicht ungarisch sprechen. Die Kinder werden oft bestraft, wenn sie in ihrer Muttersprache reden. Manche Lehrbücher enthalten beleidigende Sätze über das Ungartum. Die Partei verlangt kulturelle und wirtschaftliche Autonomie für das ungarische Volk Rumäniens.

Basler Nachrichten 17. Juli 1933 (No. 192.) *Klagen der Ungarn Siebenbürgens.* Die Generalversammlung der Ungarischen Partei Siebenbürgens verlangt kulturelle und wirtschaftliche Autonomie für die Ungarn Siebenbürgens. Sie beschwert sich über die Schliessung vieler ungarischer Schulen der beiden Konfessionen und über die tägliche Verschlimmerung der Lage der noch verbliebenen. Sie beanstandet dass in vielen „ungarisch“ genannten Staatsschulen Lehrkräfte unterrichten, die kein Wort ungarisch verstehen, die die Kinder oft bestrafen, wenn sie unter sich ungarisch sprechen. Sie protestiert gegen die Lehrbücher, da darin die Ungarn beschimpft werden. Die Partei werde sich auch in Zukunft an den Völkerbund wenden, wenn sie die rumänische Regierung nicht dazu bringen könne, Abhilfe zu schaffen.

Basler Nachrichten 22/23. Juli 1933 (No. 198.) *Wie eine Petition zunichte gemacht wurde.* Der Völkerbund hat die Petition der Ungarischen Partei in der Frage der reformierten und katholischen ungarischen Schulen zurückgewiesen, da die rumänische Regierung sich auf die Erklärung von zwei ungarischen Lehrern berief, die den Angaben der Petition widersprach. Nun geben die zwei Lehrer, die seitdem wegen ihrer falschen Angaben von ihren kirchlichen Behörden bestraft wurden, die

Aufklärung, dass sie vom Schulinspektor auf sein Bureau gerufen wurden, wo er ihnen zwei in rumänischer Sprache verfasste Schriftstücke vorlegte, deren Inhalt sie nicht verstanden. Der Inspektor erklärte ihnen auf ihre Frage, dass die Schriften die Zuweisung von Büchern an die Schulen verlange; die Lehrer sollten die Schriften wörtlich kopieren und unterschreiben. Die beiden Ungarn glaubten dem Inspektor, kopierten und unterschrieben die Schriftstücke die aber nicht die Zuweisung von Büchern verlangten, sondern die Erklärung enthielten, die dann dem Völkerbund vorgelegt wurde.

Freiburger Nachrichten 27. Juli 1933 (No. 172.) *Reifeprüfung als Waffe gegen Minderheiten*. Wenn es auch nicht möglich ist, alle einzelnen derartigen Fälle vorzuführen, soll ein Fall als Illustration dafür dienen, wie man in Rumänien mit den kath. Minderheitsschülern umgeht. Im Arader kath. ungarischen Gymnasium sind die Schüler in letzter Minute verständigt worden, dass sie die Reifeprüfung in Mathematik und Naturlehre in rumänischer Sprache ablegen müssen. Da sie die termini technici rumänisch nicht kannten, sind 5 von 9 Kandidaten durchgefallen.

Reformierte Schweizer Zeitung 4. August 1933 (No. 32.) *Lage der reformierten Kirche in Rumänien*. Die Behörden der Stadt Gross-Karol in Siebenbürgen haben das Konzert des reformierten Kirchenchors verboten.

Die reformierten Pastoren Siebenbürgens haben in diesem Jahre den Staatszuschuss, der im Budget aufgenommen ist, nicht erhalten.

„Heraus mit der slowakischen Autonomie!“

«Die Schande von Neutra.»

Anlässlich der 1100-Jahr-Feier der Erbauung einer katholischen Kirche durch den slowakischen Fürsten Pribina im Jahre 833 in Neutra, zu welcher Feier über 80.000 Menschen aus allen Teilen der Tschechoslowakei herbeigeeilt waren, kam es am 13. August zu aufsehenerregenden Zwischenfällen. Der Führer der slowakischen katholischen Volkspartei, der greise Pater

Hlinka, war in die amtliche Rednerliste nicht aufgenommen worden. Die slowakischen Autonomisten setzten daher mit einer Überraschungskundgebung ein. Viele Tausende von ihnen besetzten nach dem Festzug den Platz vor der Rednertribüne, auf der die Minister und die Vertreter der Behörde sassen und verhinderten den Landespräsidenten Dr. Országh am Sprechen. Die Ordner waren der wütenden Menge gegenüber machtlos. Unter ohrenbetäubenden Jubel und den Rufen: „Heraus mit der slowakischen Autonomie!“ wurde Pater Hlinka auf die Schultern seiner Anhänger genommen und auf die Rednertribüne getragen, von wo aus er für die volle Autonomie der Slowaken eintrat, ebenso aber auch gegen jede Grenzrevision Stellung nahm.

Erst nach ihm konnte Ministerpräsident Malypetr die Botschaft Masaryk's an das slowakische Volk verlesen.

Als der Bischof von Novigrad zu sprechen begann und in seiner Rede die tschechoslowakische Nation erwähnte, rief man stürmisch: „Es gibt keine tschechoslowakische Nation, es gibt nur ein tschechisches und ein slowakisches Volk!“

Die tschechische Regierungspresse ist ausser sich. Der tschechische nationalsozialistische „Telegraf“ setzt über seinen Bericht den Titel: „Die Schande von Neutra“ und erklärt, dass es sich um eine staatsfeindliche autonomistische Kundgebung gehandelt habe. „České Slovo“ sagt, Hlinka arbeite für die ungarische Irredenta und es habe sich um einen glatten Hochverrat gehandelt.

Das deutsche Reichskonkordat und die muttersprachlichen Rechte der Minderheiten.

Das jüngst zwischen dem hl. Stuhle und dem Deutschen Reiche zustande gekommene Konkordat berücksichtigt im weitgehendsten Masse die muttersprachlichen Rechte der Minderheiten auf kirchlichem Gebiete.

Der diesbezügliche Artikel (Nr. 29) des Konkordats lautet wortwörtlich:

Artikel 29.

Die innerhalb des Deutschen Reiches wohnhaften katholischen Angehörigen einer nichtdeutschen völkischen Minderheit werden bezüglich der Berücksichtigung ihrer Muttersprache in Gottesdienst, Religionsunterricht und kirchlichem Vereinswesen nicht weniger günstig gestellt werden, als der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Angehörigen deutscher Abstammung und Sprache innerhalb des Gebietes des entsprechenden fremden Staates entspricht.

Gegen Brandsch.

In ihrer am 4. Juli d. J. in Hermannstadt abgehaltenen Hauptversammlung hat die Deutsch-Sächsische Volkspartei — die älteste der lokalen Parteien — in einer Entschliessung festgestellt, „dass wir nicht zufrieden sind mit den Ergebnissen unserer politischen Sachwaltung gegenüber der Staatspolitik und mit dem Einsatz an politischen Kampfmitteln, die zur Verwirklichung unserer volkspolitischen Notwendigkeiten aufgeboten wurden.“ „In allen Fragen, die von lebenswichtiger Bedeutung für unser Volkstum sind, hat der Hermannstädter Abgeordnete (und gewesene Staatssekretär für Minderheiten) Rudolf Brandsch auch in der letzten Zeit kein Wort zu unserer Verteidigung und zur Vertretung unserer Rechtsansprüche weder von der Tribüne der Kammer, noch in öffentlichen Versammlungen erhoben. Indem wir dieses feststellen, treten wir gleichzeitig auch unsererseits dafür ein (was einige Tage vorher schon der Schässburger politische Kreisausschuss gefordert hat), dass das Verhältnis des Herrn Abgeordneten Brandsch sowohl im allgemeinen Rahmen unserer Volkspolitik als auch im besonderen zu seiner Hermannstädter Wählerschaft einer dringenden Klärung bedarf. Wer mitträgt an der Verantwortung für die Verschleppung dieser notwendigen Klärung, der macht sich selbst eines schweren Vergehens gegen die Interessen der äusseren Haltung unserer Volkspolitik und unseres inneren völkischen Zusammenhaltes schuldig.“

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

«Südosteuropäische Rundschau.»

Die einzige reichsdeutsche Zeitschrift, die sich bisher ausschliesslich einem südosteuropäischen Bereich widmet, sind z. Zt. die „Ungarischen Jahrbücher“, hrsg. vom Ungarischen Institut der Universität in Berlin. Sie sind damit das Organ eines preussischen Universitäts-Institutes, das sich keineswegs nur auf die engeren ungarischen Probleme, insonderheit etwa sprach- und literatur-wissenschaftlicher Art, beschränkt, sondern der gesamten Kultur des Donauraumes gewidmet ist — allerdings unter besonderer Berücksichtigung Ungarns, seit einigen Jahren jedoch mehr und mehr auf Südosteuropa erweitert, in seiner umfassenden Form das einzige Institut dieser Art in Deutschland. In diesem Sinne haben auch die Ungarischen Jahrbücher sich bemüht, zu grösserer Vollständigkeit in der Erfassung der allgemeinen Südostfragen zu gelangen und z. B. in ihrer Bücherschau bereits seit 1926 eine laufende Zusammenstellung der Neuerscheinungen für den ganzen Bereich der ehemaligen Donaumonarchie geboten, die sich zu einer umfassenden Berichterstattung entwickelt hat.

Es ist geplant, den Ungarischen Jahrbüchern in Zukunft eine „Südosteuropäische Rundschau“ anzugliedern, die zunächst den Vierteljahresheften beigelegt werden soll, später aber nach Bedarf verselbständigt werden kann.

In dieser Zeitschrift sind :

I. alle Fragen des Volkstums zu erörtern

a) biologisch-artmässig gesehen, nach dem „Volksbestand“, Volksgruppen (Minderheiten-), Rasse- und Einschmelzungs-Probleme . . . usw.

b) geschichtlich geographisch gesehen, so für die Kontinuität des Volkstums im Gegensatz zum Staat, Sonderart der Südostvölker . . . usw.

c) soziologisch gesehen, für den Gesellschaftsaufbau auf volkhaft-nationaler Grundlage : kulturelle Eigenständigkeit der bäuerlichen Welt, Frage der Oberschicht. . . usw.

d) geistig gesehen, Begriff und Wesen der Volkszugehörigkeit, das nationale Bekenntnis . . . usw.

II. Vom rein staatlichen Gesichtspunkt sind die Fragen der verschiedenen Rechtsordnungen, der wechselnden Machtverhältnisse, der Grenzziehung auch im strategischem Sinne zu erörtern, auch hier in den angedeuteten Blickrichtungen, *b)*, *c)* und *d)* : der Staat von der Minderheit aus gesehen, vor allem im Hinblick auf die deutschen Volksgruppen, der Staat als formende Macht im Aufbau der tragenden Schichten, der Staat als Unternehmer in der Wirtschaft . . . usw.

III. Die wirtschaftlichen Probleme sind vielleicht am bekanntesten, jedenfalls ist darüber noch das Meiste bisher geschrieben worden, freilich in überholten Auffassungen (Ausgleich zwischen Industrie und Agrarländern, Kampf der Handelssysteme usw.) Die bisherigen Hauptgegensätze treten zurück, denn die soziologische Blickrichtung vermittelt grundlegend neue Erkenntnisse. So ersteht vor allem das Bild der südöstlichen Agrargesellschaft, mit der bestimmenden Kraft von Bauerntum und Adel, gegenüber einem späten Bürgertum, verkümmertem Proletariat und volksfremden Schichten. In dem vorwiegend ländlich geprägten Bild wirken sich die Grundbesitzverhältnisse entscheidend aus für den sozialen Neuaufbau. Ferner spielen hier die Siedlungsprobleme mit herein, der Aufbau einzelner Kleinräume, Verhältnis von Stadt und Dorf usw.

Für eine fortlaufende Ausgestaltung im Sinne dessen, was jeweils der Augenblick erfordert, bürgt der ständig sich erneuernde Mitarbeiterkreis des Instituts und des dort tätigen Südosteuropa-Kollegs. Zur ersten Inangriffnahme für dieses Jahr soll die Herausgabe eines Südost-Beiheftes mit der nächsten Nummer der Jahrbücher dienen, die als Doppelheft in der ersten Hälfte des Winter-Semesters erscheinen wird. Gedacht ist an einen Umfang von 2–3 Bogen. Als Herausgeber zeichnet Prof. v. Farkas, die Schriftleitung liegt in den Händen von Dr. H. Klocke und Dr. O. A. Isbert.